

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

Das Agrarprogramm der Sowjetunion: Von einem Sonderberichterstatter

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1953) : Das Agrarprogramm der Sowjetunion: Von einem Sonderberichterstatter, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 33, Iss. 11, pp. 709-712

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/131812>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Das Agrarprogramm der Sowjetunion

Von einem Sonderberichterstatter

Stalins Tod hat in Rußland neue Verhältnisse geschaffen. Das gilt auf keinem Gebiet so sehr wie in der Agrarwirtschaft. Die jüngsten Beschlüsse des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Rußlands sind in dieser Beziehung von historischer Bedeutung. Westliche Beobachter haben die Erfolgsberichte aus der russischen Kollektivwirtschaft von jeher mit Skepsis aufgenommen, und die vorsichtigen Äußerungen Malenkows anläßlich der Bekanntgabe des Staatsbudgets im August dieses Jahres schienen ihnen recht zu geben. Das Ausmaß vergangener Mißstände und notwendiger Korrekturen, das die Ausführungen Kruschtschews und die Beschlüsse des Zentralkomitees ans Licht gebracht haben, geht freilich weit über alles hinaus, was Kenner der russischen Agrarverhältnisse für möglich gehalten hätten. Im Vergleich zu den jüngsten offiziellen russischen Verlautbarungen muten selbst die kritischen Analysen Jasnys¹⁾, des besten Kenners russischer Agrarverhältnisse, geradezu als wohlwollende Kommentare an.

Seit das Zentralkomitee sich Anfang September zu einer Sondersitzung über die Agrarlage zusammengefunden hatte, ist fast kein Tag vergangen, an dem nicht Rundfunk und Tagespresse ausführlich über Mißstände und ihre Abstellung berichtet haben. Die Tatsache, daß der soeben ernannte Generalsekretär der Partei, N. S. Kruschtschew, dazu ausersehen wurde, das Hauptreferat über die Lage der Landwirtschaft zu halten und daß das Zentralkomitee seinen Bericht zur Grundlage weitreichender Beschlüsse machte, gibt den jüngsten Ereignissen besonderes Gewicht. Kruschtschew ist seit seiner Ernennung zur wichtigsten Person im politischen Apparat des Landes geworden, und sein Eingreifen in die Agrardebatte hebt sie aus der agrartechnischen in die agrarpolitische Sphäre. Dabei ist Kruschtschew dank seiner aktiven Teilnahme an der Agrarpolitik der letzten Jahre mit den Einzelheiten technischer und politischer Natur voll vertraut. Er tritt also nicht lediglich als der Sprecher der Partei, sondern zugleich als einer der prominentesten Agrarpolitiker Rußlands vor die Öffentlichkeit. Das gibt seinen Ausführungen doppeltes Gewicht.

KEIN FUHRUNGSWECHSEL

Freilich wäre es falsch, die jüngsten Beschlüsse als das Werk eines einzelnen Mannes anzusehen. Sie müssen vielmehr als das Ergebnis von Auseinandersetzungen betrachtet werden, die sich über Jahre erstreckt haben und an denen u. a. I. A. Benediktow führend beteiligt gewesen sein dürfte. Es ist allgemein aufgefallen, daß

Benediktow, der die Agrarwirtschaft Rußlands als Minister und Stellvertretender Minister für Landwirtschaft ohne Unterbrechung seit 1939 betraut hatte, im Frühjahr dieses Jahres zum Botschafter in Indien ernannt worden war, wenige Monate später aber mit erweiterten Vollmachten zum Minister für Landwirtschaft und landwirtschaftliche Erfassung ernannt wurde. In die Zeit seiner Abwesenheit fällt die Absetzung Berijas, der offenbar aktiv in die Agrarpolitik eingegriffen hatte und dem bei seiner Verhaftung u. a. die Mißstände in der Kollektivwirtschaft zur Last gelegt wurden.

Keiner der heute führenden Agrarpolitiker Rußlands ist an der Gestaltung der Agrarpolitik der letzten Jahre unbeteiligt gewesen. Benediktow ist als Minister für Landwirtschaft gleichermaßen mit den Fehlern der Vergangenheit wie mit den jetzt vorgenommenen Korrekturen verbunden. Kruschtschew muß sich in ähnlicher Weise für vergangene Mißstände und etwaige Erfolge in der Zukunft als zuständig ansehen. Als der Wiederaufbau der russischen Landwirtschaft nach Kriegsende vor dem Abschluß stand, war Kruschtschew über der Frage der zweckmäßigsten Gestaltung der Kollektive in heftigsten Gegensatz zu Andrejew geraten, der bis dahin der Agrarsachverständige der Partei gewesen war. 1950 wurde die Kontroverse zwischen den beiden Exponenten öffentlich ausgetragen. Nach den furchtbaren Rückschlägen der dreißiger Jahre, in denen die Kollektivierung der Landwirtschaft gegen den Widerstand der Bauern durchgesetzt worden war, war das Kollektivstatut von 1935 den Bauern durch Gewährung kleiner Landstücke zur Eigennutzung entgegengekommen. Trotz dieser Zugeständnisse hatte sich während des Krieges die Abneigung der Bauern besonders in den Gebieten der nationalen Minderheiten so deutlich geäußert, daß Andrejew daraus den Schluß zog, eine Forcierung der Kollektivierung nach Ende des Krieges sei nicht am Platze.

Krushchschew war anderer Meinung. In scharfen Angriffen war er gegen die Vielzahl kleiner Kollektive und kleiner Arbeitskolonnen in den Kollektiven aufgetreten und hatte die Zusammenlegung der Kollektive in Agrogorods (landwirtschaftliche Großstädte) und die Zusammenlegung der kleinen Arbeitskolonnen in Brigaden von 50 bis 100 Kollektivarbeitern gefordert. Zwar rückte die Prawda von diesen Vorstellungen ab, als in der Parteizentrale und den Lokalorganisationen heftiger Widerspruch erhoben wurde. Trotzdem kam es, ohne daß irgendwelche gesetzlichen Bestimmungen darüber je bekannt wurden, im Laufe des Jahres 1950

¹⁾ N. Jasny, „The Socialized Agriculture of the USSR.“, Stanford, California, 1949.

zur Zusammenlegung von über 250 000 alten in etwa 120 000 neue Kollektive. Inzwischen ist ihre Zahl auf 94 000 reduziert worden.

Kollektivierung der Landwirtschaft

Jahr	Kollektive (in 1000)	Bauernhaus- halte in Kollektiven (in 1000)	Kollektivierte Bauernhaushalte (in % aller Bauernhaushalte)
1928	33,3	417	1,7
1930	85,9	5 998	23,6
1932	211,1	14 919	61,5
1934	233,3	15 717	71,4
1936	244,2	18 448	90,5
1938	242,4	18 848	93,5
1940	236,3	19 200	96,9
1950	254,0	20 000	97,5
1952	97,0	20 000	97,5
1953	94,0	20 000	97,5

Anmerkung: Diese und die folgenden Tabellen beruhen auf amtlichen russischen Statistiken oder Schätzungen.

Die Rückschläge, die die russische Landwirtschaft und insbesondere die Viehwirtschaft in den letzten Jahren erlitten hat, gehen vor allem auf den Widerstand zurück, den die Bauern diesem abermaligen Eingriff in die Agrarwirtschaft entgegensetzten. In diesen Jahren gehörten Kruschtschew und Benediktow zu den wichtigsten agrarpolitischen Exponenten und Regierungsbeamten, denen die Durchführung der seinerzeit von Stalin sanktionierten Politik oblag. Es gehört zu den Eigenheiten russischen öffentlichen Lebens, daß unter Stalins Nachfolger die gleichen Männer Kritik am alten Kurs üben und die Verantwortung für den neuen Kurs übernehmen. Malenkov hatte während des 19. Parteitages im Oktober vorigen Jahres sowohl an Kruschtschew und seinen Freunden als auch an Andrejew und seinen Anhängern Kritik geübt. Heute befinden sich die führenden Exponenten extremer agrarpolitischer Richtungen unter den Baumeistern des neuen russischen Agrarprogramms, das sich im Gegensatz zu früheren Plänen durch große Elastizität in der Handhabung eines der schwierigsten Probleme russischer Wirtschaftspolitik auszeichnet.

SCHARFE KRITIK

Das Ausmaß des Wandels läßt sich erst im Lichte der Kritik der Vergangenheit voll ermessen. Weder Kruschtschew noch das Zentralkomitee ließen es in ihrem Überblick über die Lage der Landwirtschaft an Deutlichkeit der Kritik fehlen. Ein kurzes Zitat aus der Präambel der Beschlüsse des Zentralkomitees mag einen Eindruck von den Zuständen vermitteln, die die Nachfolger Stalins in ihrem Rechenschaftsbericht zu rügen für notwendig hielten: „Die ungeheuren Reserven der sozialistischen Großlandwirtschaft werden noch immer unzureichend genutzt. In vielen Kollektiven und Landbezirken sind die Ernteerträge nach wie vor niedrig. Die Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktivität, die Viehzucht und die Erzeugung von Kartoffeln, Gemüse und Futterfrüchten stehen nicht im Einklang mit den wirtschaftlichen Bedürfnissen des Landes. Das Zurückbleiben dieser und anderer Zweige der Landwirtschaft verzögert die Weiterentwicklung der Nahrungsmittelindustrie, deren Aufgabe es ist, die lebensnotwendigen Bedürfnisse der Bevölkerung zu befriedigen, und beeinträchtigt ernstlich die Einkommenssteigerung der Kollektive und Kollektivbauern. Die Viehwirtschaft ist besonders zurückgeblieben.“

Das einzige Gebiet, auf dem die Ergebnisse einigermaßen befriedigend gewesen sind, ist der Getreidebau. Aber selbst hier liegt kein Grund zur Selbstzufriedenheit vor. Wenn von jährlichen Ernteschwankungen abgesehen wird, haben die Getreideanbauflächen seit der Einführung des ersten Fünfjahresplans lediglich mit der Bevölkerungsentwicklung Schritt gehalten. Eine Verbesserung in der Versorgung mit Brot- und Futtergetreide wäre demnach von einer Steigerung der Flächenerträge abhängig gewesen. Es ist bemerkenswert, daß Kruschtschew in seinem Bericht weder über Hektarerträge noch über Gesamternten an Getreide etwas mitteilte. Das ist angesichts der Kritik, die Malenkov anläßlich der Staatshaushaltssitzung im August dieses Jahres an der Schätzung der Getreideernten „auf dem Halm“ geübt hatte, nicht zu verwundern. Wenn Kruschtschew sich der vor 1930 in Rußland üblichen Methode der Ernteschätzung bedient hätte, dann hätte er Hektar- und Gesamterträge bekanntgeben müssen, die um 25 bis 30 % unter den übertriebenen Schätzungen der letzten Jahre gelegen hätten. Bei aller Bereitschaft zur Selbstkritik wäre das über das Maß dessen hinausgegangen, was Kruschtschew seinen Hörern glaubte zumuten zu können.

Bodenbenutzung nach Fruchtarten

Position	Vorkriegsstand		1950 (Plan)	
	(in Mill. ha)	(in %)	(in Mill. ha)	(in %)
Hauptfeldfrüchte (Getreide, Kartoffeln, Zuckerrüben)	112,5	48,5	116,0	46,5
Sonstige Feldfrüchte	22,5	9,7	42,5	17,1
Gesamte Ackerfläche	135,0	58,2	158,5	63,6
Sonstige anbaufähige Fläche	97,0	41,8	90,5	36,4
Gesamte anbaufähige Fläche	232,0	100,0	249,0	100,0

Ackerfläche nach Betriebsformen

Betriebsform	Vorkriegsstand		1950 (Plan)	
	(in Mill. ha)	(in %)	(in Mill. ha)	(in %)
Kollektive	115,6	85,6	135,5	85,5
Staatsgüter	12,3	9,1	15,1	9,5
Privatbesitz				
(Kollektivbauern usw.)	7,1	5,3	7,9	5,0
Gesamte Ackerfläche	135,0	100,0	158,5	100,0

In der Viehwirtschaft Rußlands muß die Lage als katastrophal bezeichnet werden. Das Zentralkomitee faßte das Ergebnis seiner Untersuchungen in dem Satz zusammen: „Jahr für Jahr bleiben die Pläne für die Zunahme der Viehbestände unerfüllt.“ Dieses Urteil trifft auf die Rinderbestände mehr noch als auf die anderen Haustierarten zu. Hier sind sogar Rückgänge statt Zunahmen festzustellen. Dabei sind die Rückschläge jüngsten Datums. Allein im letzten Jahr gingen die Rinderbestände um mehr als 2 Millionen zurück. Am stärksten betroffen sind die Milchviehbestände, die um 9 Millionen geringer sind als zu Beginn des ersten Fünfjahresplans. Während seit 1928 die Bevölkerung Rußlands von 160 auf etwa 210 Millionen gestiegen ist, ist gleichzeitig der Bestand an Milchkühen von 33 auf 24 Millionen zurückgegangen. Während kurz vor dem Einrücken der deutschen Armeen nahezu jeder Kollektivbauer seine eigene Kuh besaß, gilt das heute nur noch für jeden zweiten. Der Krieg war für die Viehverluste der vierziger Jahre verantwortlich, aber die jüngsten Abschachtungen sind der seit 1950 durchgeführten Konzentration der Kollektive und der dabei zwangsweise vorgenommenen Überführung von Vieh aus Privat- in Gemeinschaftsbesitz zuzuschreiben.

Viehbestand nach Viehharten
(in Mill. Stück)

Viehhart	1. 1. 1940	1. 1. 1950	1. 1. 1953	(Plan) 1. 10. 54
Pferde	21,0	12,7	15,3	
Rinder	54,5	56,0	56,6	65,9
Milchkühe	27,8	23,5	24,3	29,2
Schweine	27,5	19,5	28,5	34,5
Schafe und Ziegen	91,6	90,0	109,9	144,4
Nutztiere insgesamt (in Großvieheinheiten)	58,5	57,5	62,0	74,0

Viehbestand 1954 (Plan) nach Betriebsformen

Betriebsform	Rindvieh %	Milch- kühe %	Milch- kühe (% des Rindviehs)	Schweine %
Kollektive	53,7	39,4	32,5	62,4
Staatsgüter	7,3	5,5	33,5	13,6
Privatbesitz (Kollektivbauern usw.)	39,0	55,1	62,6	24,0
Insgesamt	100,0	100,0	44,3	100,0

Der Verlust an Vieh wäre zu verschmerzen gewesen, wenn gleichzeitig die Durchschnittsleistungen gestiegen wären. Nach den Angaben Kruschtschews ist das aber nicht der Fall gewesen. Die Milchleistungen haben in den letzten zehn Jahren stagniert, und zwar auf einem Niveau von unter 1 200 Litern je Kuh, d. h. der Hälfte der in Westeuropa üblichen Jahresdurchschnittsleistung. Ähnlich verhält es sich mit den Schlachtgewichten. Wie es unter diesen Umständen um die Versorgung der Bevölkerung mit Fleisch und Molkereiprodukten bestellt sein muß, läßt sich unschwer erraten. Zwar sind seit dem Beginn des ersten Fünfjahresplans keine statistischen Angaben über den durchschnittlichen Verbrauch an Nahrungsmitteln mehr bekanntgemacht worden; eine auf Anbau- und Viehbestandsdaten aufgebaute Ernährungsbilanz bestätigt aber, was zu erwarten war: daß nämlich der durchschnittliche Verbrauch an Getreide und Kartoffeln etwa dem Stand vor Beginn des ersten Fünfjahresplans entspricht, daß aber ein gleiches vom Verbrauch an Fleisch und Milch nicht gesagt werden kann. Zucker ist das einzige Nahrungsmittel, das heute reichlicher zur Verfügung steht als vor 25 Jahren. Als Gründe für die Rückschläge in der Viehwirtschaft werden vor allem Fehler in der Verwaltung, wie die unzweckmäßige Festsetzung von Ablieferungsterminen und -quoten, die unzureichende Versorgung mit Kraftmaschinen in der Futter- und Viehwirtschaft, die mangelnde Gewährung von Prämien an Kollektive und Kollektivbauern und die ungenügende Erziehung qua-

lizierter Techniker und politischer Führer für Kollektive und Traktorenstationen angeführt. Die Einzelheiten, die dabei zutage kommen, enthüllen Fehlleistungen von kaum vorstellbaren Ausmaßen. Jahrelang wurde die Mechanisierung des Getreidebaus mit allen Mitteln betrieben, ohne daß die Bedürfnisse der übrigen Betriebszweige des Landbaus in Betracht gezogen wurden, mit dem Ergebnis, daß zur Zeit des Kartoffellegens und der Heuernte im Frühsommer und zur Zeit der Hackfruchternte im Spätherbst unüberwindliche Arbeitsspitzen entstanden. Weiterhin wurden jahrelang die Ablieferungsquoten für Viehprodukte nach dem Gesamtviehbestand oder nach der Gesamtleistung statt nach der landwirtschaftlichen Nutzfläche der Betriebe bemessen, mit dem Ergebnis, daß vieh- und arbeitsintensive Betriebe für ihren Eifer bestraft wurden. Schließlich wurde jahrelang statt des Wirtschaftsjahres das Kalenderjahr zur Grundlage der Planung von Viehbeständen und Viehablieferungen gemacht, mit dem Ergebnis, daß Magervieh in den ersten Monaten des Jahres statt Mastvieh in den späten Herbstmonaten auf die Viehmärkte getrieben wurde.

REVISION DER AGRARPOLITIK

Angesichts dieses Tatbestands entschloß sich die neue Staatsführung Rußlands zu einer grundlegenden Revision des Agrarprogramms. Im Gegensatz zu früheren Versuchen, auftretende Schwierigkeiten durch Augenblickslösungen zu beseitigen, handelt es sich diesmal um ein umfassendes Programm, das sich auf alle wichtigen Betriebszweige der russischen Landwirtschaft erstreckt und sich in den allgemeinen Wirtschaftsplan einordnet, der dem Konsumenten eine höhere Priorität zubilligt, als ihm im Laufe der letzten 25 Jahre zu irgendeinem Zeitpunkt zugestanden worden war. Ohne Rücksicht darauf, daß Eingeständnisse vergangener Fehler und Zugeständnisse an Kollektivbauern als Schwäche erscheinen und zur Untergrabung der neuen Staatsautorität führen könnten, werden technische und wirtschaftliche Verbesserungen in großzügiger Weise in Aussicht genommen. Dabei wird freilich die politische Gewalt, die Regierung und Partei über das Landvolk haben, nicht im mindesten gelockert. Das politische Grundkonzept, das der Kollektivierung zugrunde liegt und seit der Zeit der Schauprozesse von niemandem öffentlich in Zweifel gezogen



**Versicherungsbestand der VICTORIA-Versicherungsgruppe
(einschließlich der Vorsorge-Lebensversicherungs-AG)
am Tage ihres hundertjährigen Bestehens:**

**in der Lebensversicherung 2,8 Millionen
Verträge über mehr als 1,4 Milliarden DM;**

**in den übrigen Versicherungszweigen mehr
als 900.000 Verträge mit einer Beitrags-
summe von jährlich mehr als 45 Millionen DM**

*Die VICTORIA wird auch im zweiten Jahrhundert ihres Bestehens bestrebt sein, sich des
Vertrauens würdig zu erweisen, das ihr von der großen Zahl ihrer Versicherten entgegengebracht wird.*

worden ist, bleibt vom Wandel in der Agrarpolitik unberührt. Die stellvertretenden Direktoren der Traktorenstationen, die sich bei der Durchsetzung des politischen Programms als unwirksam erwiesen und allgemein verhaßt gemacht hatten, werden zwar ihrer Funktionen enthoben. An ihre Stelle treten aber Instrukteure der Partei, die in Zukunft den Bezirkssekretären unterstellt werden. Die politische Kontrolle des Dorfes soll auf diese Weise wirksamer gestaltet werden.

Da sich die schwersten Strukturfehler in der Viehwirtschaft offenbart haben, sind die technischen Maßnahmen naturgemäß in erster Linie auf deren Beseitigung abgestellt. An erster Stelle steht die Erhöhung der Viehbestände und die Verbesserung ihrer Leistungen. Dabei sind die für das Jahr 1954 gesetzten Planziffern weit gesteckt. Eine Vergrößerung von Rinder- und Milchviehbeständen um 15 bis 20 % innerhalb eines Jahres ist selbst unter günstigsten Futterbedingungen nicht einfach, und die gegenwärtige Futterlage ist alles andere als befriedigend. Wenn auch die neuen Planziffern hinter ihren Vorgängern zurückbleiben, so müssen sie doch angesichts der Rückschläge der letzten Jahre als zu weit gesteckt betrachtet werden. Das gilt auch für Fleisch- und Milchaufkommen, die innerhalb Jahresfrist um 30 bis 40 % steigen müßten, wenn das Soll planmäßig zu erfüllen wäre. Die im Plan vorgesehenen Vorkehrungen zur vermehrten Erzeugung und Einlagerung von Futtermitteln werden kaum so rasch wirksam werden, daß die anspruchsvollen Pläne vor Ablauf des fünften Fünfjahresplanes verwirklicht werden können. Das gleiche gilt von den Intensivierungs- und Mechanisierungsplänen des Ackerbaus, die eine rapide Steigerung in der Belieferung der Kollektive mit Kunstdünger und Traktoren vorsehen.

Dabei sind die der russischen Landwirtschaft gesteckten Ziele keineswegs unerreichbar, sofern das neue Programm sich organisch und ohne Überstürzung verwirklichen läßt. Gemessen am Stande der Landwirtschaft in Westeuropa wird die russische Agrarwirtschaft freilich auch nach Erreichung der ihr von Khruschtschew gesetzten Aufgaben als unterentwickelt zu bezeichnen sein. In Westeuropa sind z. B. der Viehbesatz bis zu zehnfach und die Verwendung von Kunstdünger bis zu zwanzigmal so groß, wie sie in Rußland nach Erfüllung des neuen Plans sein werden. Das Tempo, in dem das Agrarprogramm sich verwirklichen läßt, wird weitgehend von der allgemeinen Wirtschaftslage auf dem Lande abhängen. In Erkenntnis dieser Sachlage versucht der neue Plan, das seit Jahren arg gestörte Gleichgewicht zwischen Industrie- und Agrarwirtschaft annähernd wieder herzustellen.

Zu diesem Zwecke werden den Kollektiven und Kollektivbauern eine Reihe wirtschaftlicher Zugeständnisse gemacht, die darauf abzielen, die Viehwirtschaft rentabel zu machen. Nach Angaben Khruschtschews war bis in die jüngste Vergangenheit der Anbau von Handelsgewächsen dreieinhalbmal so nutzbringend wie die Viehwirtschaft. Durch Verdoppelung der Preise für Zwangsablieferungen von Milch und Butter und Erhöhung auf das Fünfeinhalbfache des früheren Preises für Schlachtvieh soll nunmehr ein Ausgleich sowohl

zwischen Acker- und Viehwirtschaft als auch zwischen Agrar- und Industrierwirtschaft erreicht werden. Weitere Zugeständnisse wirtschaftlicher Art sind hinsichtlich der Preise für freie Spitzen, der Ablieferungsquoten und -termine, der Zuteilung von Bankkrediten und Verbrauchsgütern sowie einer Gewährung von Lohnerhöhungen und Prämien für Traktorenführer vorgesehen.

Der Gesamtwert all dieser wirtschaftlichen Zugeständnisse läßt sich auf etwa 10 % des gesamten landwirtschaftlichen Einkommens beziffern. Angesichts der seit Jahren ungünstigen wirtschaftlichen Lage in den Dörfern ist die Bedeutung dieser Einkommensverbesserung nicht zu unterschätzen. Verglichen mit der Verbesserung, die die Lohnneinkommen der Industriearbeiter durch sechs seit 1948 gewährte Preisnachlässe erfahren haben, sind die der Landbevölkerung gewährten Zugeständnisse freilich bescheiden. Sie dürften kaum ausreichen, das Einkommen der Kollektive und Kollektivbauern und die Nahrungsversorgung der städtischen Konsumenten vor Ablauf des fünften Fünfjahresplans im Jahre 1955 um die im Plan vorgesehenen Beträge von mindestens 40 % zu steigern. Alle Pläne, die wie das vom Zentralkomitee Ende Oktober bekanntgegebene Binnenhandelsprogramm noch über die ursprünglichen Sollziffern hinausgehen, müssen in das Reich der Fabel verwiesen werden.

Das gilt um so mehr, als sich am politischen Inhalt der Agrarpolitik nichts entscheidend geändert hat. Zwar hatte Khruschtschew im Gegensatz zu früheren Vorstellungen ausdrücklich erklärt, daß das persönliche Eigentum der Kollektivbauern an Vieh zu respektieren sei. Gleichzeitig hatte er aber den vorläufigen Charakter dieses Zugeständnisses herausgestrichen. „Die Zeit wird kommen“, erklärte er vor dem Zentralkomitee, „daß der Viehbestand der Kollektive ausreichen wird, die persönlichen Bedürfnisse der Kollektivbauern an Viehprodukten voll zu befriedigen; und dann wird es sich für den Kollektivbauern nicht mehr lohnen, eigenes Vieh zu besitzen.“

Um jeden Zweifel über die Haltung der neuen Staatsführung in der Frage der Kollektivierung auszu-schließen, erklärte Khruschtschew mit Bezug auf die Baltischen Staaten, in denen es noch immer einige selbständige Bauern gibt: „Wir wollen das System der privaten Bauernhöfe langsam liquidieren und an seiner Stelle Kollektive schaffen. Es wäre aber ein Fehler, bei der praktischen Lösung dieses Problems übereilt vorzugehen.“ Lediglich das Tempo der Liquidierung privater Höfe steht also zur Diskussion, nicht aber die Kollektivierung selbst. Sie bleibt integrierender Bestandteil des Agrarprogramms. Und hier ist es verwundbar. Zweifellos werden die besitzlosen Bauern der Kollektive die Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage begrüßen und somit daran interessiert sein, an der Erfüllung des neuen Plans mitzuwirken. Ebenso sicher werden sie aber mit der neuen Staatsführung so wenig wie mit der alten ihren Frieden zu machen bereit sein, solange das Agrarprogramm es unterläßt, die Beseitigung des Kollektivstatuts und die Bereinigung der Besitz- und Arbeitsverhältnisse auf dem Lande in Betracht zu ziehen.